

1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg

Von **Wolfram Wette**

In wenigen Monaten jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Eines Krieges, an dem sich am Ende 40 Nationen beteiligten und in dem etwa 70 Millionen Menschen unter Waffen standen. Eines Krieges, der das Leben von etwa 17 Millionen Menschen forderte.¹ Eines Krieges schließlich, den der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan zu Recht als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet hat, weil er mit dem Friedensschluss von Versailles nicht wirklich beendet war, sondern sich in den Köpfen fortsetzte, und weil von ihm aus direkte Kontinuitätslinien hinführen bis zu Hitler und zum Zweiten Weltkrieg.

Seit dem ersten großen Historikerstreit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, ausgelöst zu Beginn der 60er Jahre durch die epochalen Forschungen des Hamburger Historikers Fritz Fischer, wissen wir, dass Deutschland den Krieg wollte, um seine Machtposition in Europa auszubauen und seinen Anspruch auf Weltgeltung durchzusetzen. Aber aus moralischen Gründen und aus Angst, als barbarischer Kriegstreiber dazustehen, tat die deutsche Reichsleitung alles, um öffentlich nicht als Verursacher in Verdacht zu geraten. Stattdessen suchte sie dringend nach einem Vorwand, um den Krieg zu bekommen, und zwar nicht irgendwann, sondern bei dem 1914 noch für Deutschland vorteilhaften Rüstungsstand.

Die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich in Sarajevo am 28. Juni 1914 bot der Reichsleitung ebenjenen erwünschten Vorwand, um ein mehrwöchiges diplomatisches Verwirrspiel zu inszenieren, das als „Julikrise 1914“ in die Geschichte eingegangen ist. Das politische Kalkül dabei lautete: Greift Österreich-Ungarn wegen der Ermordung des Thronfolgers Serbien an, so tritt die serbische Schutzmacht Russland auf den Plan, macht seine Streitkräfte mobil und liefert Deutschland so den Grund für die eigene Mobilmachung. Damit ist der sehnlichst herbeigewünschte Krieg endlich da, ohne dass es selbst als Aggressor erscheint. Die deutsche Diplomatie und die Regierungspropaganda verfolgten während der Julikrise 1914 konsequent das Ziel, die eigenen Absichten zu verschleiern und Russland als den Kriegsschuldigen hinzustellen.² Alle

1 Zahlen nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg.

2 Vgl. dazu die betont nüchterne und an den Akten orientierte Darstellung des französischen Historikers Camille Bloch, *Die Ursachen des Weltkrieges*, Zürich 1935.

Anstrengungen der Entente-Staaten, den Konflikt zu deeskalieren, wurden entweder abgelehnt oder durch Verschleppungsmanöver vereitelt, so auch das Angebot des Zaren, den Schiedsgerichtshof in Den Haag anzurufen.³

Die Forschungen Fritz Fischers belegten eindeutig, dass es in Deutschland lange vor 1914 konkrete Kriegsplanungen, ausformulierte Kriegsziele und einen Willen zum Krieg gegeben hat. Im Titel seines bekannten Buches „Griff nach der Weltmacht“⁴ ist diese Dynamik anschaulich zum Ausdruck gebracht. Der deutschen Regierung maß Fischer zwar keine alleinige, aber eine Hauptschuld am Ersten Weltkrieg zu. Damit rief Fischer den Protest der konservativen deutschen Historikerschaft gegen sich hervor, die ihm empört die alte These entgegenhielt, alle wichtigen Nationalstaaten Europas trügen eine vergleichbare Schuld am Ausbruch des Krieges, weil die Regierungen gegen ihren Willen in den Weltkrieg „hineingeschlittert“ seien.

Seit der Fischer-Kontroverse ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Es könnte sich der Eindruck aufdrängen, die Fischer-Schule habe sich mit ihrer Vorstellung „Wir sind nicht hineingeschlittert“⁵ national und international durchgesetzt. In diesem Jahr, dem Erinnerungsjahr 2014, wird sich jedoch erweisen müssen, ob diese Sicht noch immer oder weiter Bestand hat. Tatsächlich gibt es deutliche Anzeichen für eine Rückkehr zu alten, längst überholt geglaubten Rechtfertigungsdarstellungen bzw. Verfälschungen.

Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte dabei das Werk des australischen, in Großbritannien lebenden Historikers Christopher Clark spielen, der schon vor Jahren eine Geschichte Preußens vorlegte, in der vom preußischen Militarismus nichts zu lesen ist.⁶ Sein neuestes Buch heißt „The Sleepwalkers – How Europe Went to War in 1914“.⁷ Ein deutsches Nachrichtenmagazin stellte es bereits vor unter der Überschrift „Schlafwandelnd in die Schlacht. Die Deutschen tragen Schuld am Ersten Weltkrieg – aber nicht mehr als andere“.⁸ Was wir somit vor uns haben, ist die alarmierende Nachricht, dass die überwunden geglaubte These vom „Hineinschlittern“ wieder neu aufgetischt wird und die Köpfe erneut vernebeln soll.

Die Epoche des Militarismus

Eine wirkliche Antwort auf die Schuldfrage werden wir jedoch nur dann bekommen, wenn wir den Blick noch einmal hundert Jahre zurückwerfen und uns fragen: Was war das eigentlich für eine Welt, im Sommer 1914, als

3 Ebd., 16. Kap.: Zusammenfassung, Punkt XIII, S. 197.

4 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 (1961), Düsseldorf 2009.

5 Fritz Fischer, Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift, Reinbek 1983.

6 Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947, München 2006.

7 Christopher Clark, The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914, London 2012, dt. Titel: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

8 Vgl. die Besprechungen von Holger Afflerbach, Schlafwandelnd in die Schlacht, in: „Der Spiegel“, 30/2013, S. 50-51, Volker Ullrich, Zündschnur und Pulverfass, in: „Die Zeit“, 12.9.2013, sowie die „Zeit“-Diskussion mit Christopher Clark und Adam Krzeminski, Der Griff nach der Weltmacht, in: „Die Zeit“, 12.9.2013.

der Erste Weltkrieg begann? Und was für ein Land war damals das Deutsche Kaiserreich?

In ganz Europa, nicht nur in Preußen-Deutschland, hatte sich seit den 1870er Jahren mit dem Militarismus eine neuartige politische und gesellschaftliche Erscheinung herausgebildet. Der Jesuitenpater Annunzio Osseg, ein früher Analytiker des europäischen Militarismus, schrieb 1876: „Eine der gefährlichsten Krankheiten unserer Zeit“ ist „der Militarismus, welcher ganze Völker in Waffen rüstet, den Staat zu einer großen Kriegsmaschine, jeden gesunden Bürger zum Soldaten macht, welcher die öffentlichen Auslagen und Lasten namenlos steigert, eine beständige Kriegsgefahr heraufbeschwört, die sozialen Verhältnisse zerrüttet und eine Katastrophe herbeiführt, an welche man ohne Bangen nicht denken kann.“⁹

Das System des Militarismus hat sich in den folgenden Jahrzehnten immer stärker entwickelt. Der preußisch-deutsche Militarismus fungierte dabei weltweit als der Prototyp einer kriegerischen Kultur.¹⁰ In dieser Welt galt der Krieg als ein selbstverständliches und legitimes Mittel der Politik. In den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 wurde vergeblich der Versuch gemacht, Regeln gegen den Krieg auszuhandeln. Herausgekommen waren lediglich Regeln im Krieg, also Kriegsführungsregeln. Denn das Deutsche Reich hatte sich durchgängig dagegen gesperrt, seine Spielräume durch internationale Vereinbarungen einschränken zu lassen. Deutschland forderte „Handlungsfreiheit“, und das bedeutete: Freiheit bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

Die Welt vor 1914 war zugleich geprägt durch einen Imperialismus, der von den europäischen Staaten ausging und der sich bis in alle Regionen der Welt erstreckte. Die kolonialen Bestrebungen waren gleichermaßen von wirtschaftlichen wie von militärisch-machtpolitischen Interessen geprägt. Seit 1890, dem Beginn der Regierungszeit des deutschen Kaisers Wilhelm II., forderten national eingestellte Kreise, dass Deutschland sich nun – als eine wirtschaftlich und demographisch aufstrebende Nation – einen „Platz an der Sonne“ erobern müsse. Mit solchem Weltmachtanspruch und mit dem globalen Agieren des Deutschen Kaiserreichs – im Orient, in Ostasien, in Afrika und in Mitteleuropa – war geradezu zwangsläufig die Aussicht verbunden, in kriegerische Konflikte mit anderen, schon etablierten Weltmächten zu geraten.

Tatsächlich war in den deutschen Führungsschichten jener Zeit die Bereitschaft zum Krieg stets vorhanden. Das zeigte sich unter anderem in der Flottenpolitik Wilhelms II. und seines Admirals Tirpitz. Die kaiserliche Flotte galt als Symbol für den deutschen Weltmachtanspruch.¹¹ Sie sollte die globale Expansion der deutschen Wirtschaft militärisch absichern, was insbesondere von England als Bedrohung wahrgenommen wurde. Innenpolitisch warb die kaiserliche Regierung mit dem „Flottenverein“ und dem 1912 gegründeten „Wehrverein“ für ihre militaristisch-imperialistischen Ambitionen.

9 Annunzio Osseg, *Der europäische Militarismus*, Amberg 1876, Einleitung, S. VI.

10 Vgl. Wolfram Wette, *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Frankfurt a.M. 2011.

11 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, a.a.O., S. 27.

Kaiser Wilhelm II. dachte zeitlebens in Gewaltkategorien, was hier nur an einem einzigen Beispiel illustriert werden kann. Nach der russischen Revolution von 1905 gab er in seinem berühmten Neujahrsbrief an Reichskanzler von Bülow eine Direktive, die sein Denken vollständig offenlegt: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.“¹²

Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht

Man versteht die europäische und die deutsche Welt von 1914 jedoch nur unzureichend, wenn man lediglich auf die kriegsträchtigen Phänomene Militarismus und Imperialismus abhebt. Diese Welt war komplizierter und hielt auch ganz andere Optionen bereit als das angeblich zwangsläufige Schlittern in den Krieg.

Da wäre zunächst die Erfahrung langer Friedensjahrzehnte zu berücksichtigen. Seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 hatte es in Mitteleuropa keine kriegerische Auseinandersetzung mehr gegeben. Die Balkankriege waren auf den südosteuropäischen Raum beschränkt geblieben, ohne auf die Regionen der europäischen Großmächte überzugreifen. Immer wieder war es der Diplomatie gelungen, vorhandene Machtkonflikte zu deeskalieren und Kriege zu verhindern.

Auch andere Entwicklungen waren geeignet, Hoffnungen auf eine dauerhafte Bewahrung des Friedens zu stiften. Parlamentarier der verschiedenen Nationen Europas arbeiteten in der „Interparlamentarischen Union“ zusammen.¹³ Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien organisierten sich europaweit in der II. Sozialistischen Internationale. Bürgerliche Pazifisten in England, Frankreich und Deutschland pflegten auf persönlicher Basis internationale Kontakte. In den Haager Friedenskonferenzen beschloss man – immerhin – die Einrichtung eines Internationalen Schiedsgerichtshofs, der 1913 in Den Haag in den „Friedenspalast“ einzog und seine Arbeit begann (ohne dass er sich jedoch auf die obligatorische Anerkennung der Großmächte berufen konnte).

Auch wirtschaftlich waren die Länder Europas eng miteinander verknüpft. Die Finanzwelt, international bereits hoch verflochten, wirkte insofern pazifizierend, als sich ihre gewinnbringenden Transaktionen nur in Friedenszeiten realisieren ließen. Darüber hinaus gab es eine rege Kommunikation und einen zunehmenden Kulturaustausch zwischen den Nationen. Das alles ließ die damaligen Kriegsgegner hoffen, der Frieden ließe sich politisch, wirtschaftlich und völkerrechtlich organisieren.

Der Pazifist Alfred Hermann Fried, Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) im Jahre 1892 und einer der ersten Träger des Frie-

¹² Zit. nach ebd., S. 30.

¹³ Dabei handelte es sich um eine 1889 gegründete internationale Vereinigung von Parlamenten mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Förderung des Demokratieverständnisses in allen Teilen der Welt und der Wahrung der Menschenrechte, vgl. de.wikipedia.org/wiki/Interparlamentarische_Union.

densnobelpreises (1911), hat seine Theorie von der internationalen Organisation der Friedenssicherung eben auf diese Beobachtung der internationalen Vernetzung gestützt.¹⁴

Ähnlich dachte auch Norman Angell, der britische Publizist, Pazifist und einflussreiche Bestsellerautor.¹⁵ Sein 1910 erschienenes und sogleich in fünfzehn Sprachen übersetztes Buch „The Great Illusion“ dürfte von vielen Entscheidungsträgern in ganz Europa gelesen worden sein. Angell verkündete darin folgende Botschaft: Im Zeitalter der Globalisierung seien Kriege wegen der vielfältigen Verflechtungen unmöglich, weil sie auch dem Sieger nur noch Nachteile und keine Vorteile mehr einbrächten. In der Kriegführung heute noch einen Sinn zu sehen, bedeute einen Mangel an Vernunft.¹⁶ Auch in Amerika avancierte Angells Buch zum Bestseller. Einer seiner dortigen Leser war David Starr Jordan, Präsident der renommierten Stanford-University und einer der bekanntesten Friedensaktivisten seines Landes.¹⁷ Er war 1913 überzeugt: „Der große Krieg in Europa, der ewig droht, wird nie kommen. Die Bankiers werden nicht das Geld für einen solchen Krieg aufreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht. Es wird keinen großen Krieg geben.“¹⁸

Krieg und Frieden: Die große Ambivalenz

Diese Stimmen veranschaulichen die ganze Ambivalenz der Lage von 1914. Eine Ambivalenz, die sich besonders in Deutschland zeigte: Es gab eben beides, die militaristischen und die pazifistischen Tendenzen und Strömungen. Oder, um es mit der gefälligeren Formulierung des deutsch-amerikanischen Historikers Fritz Stern auszudrücken: Es gab sowohl den „Traum vom Frieden“ als auch die „Versuchung der Macht“.¹⁹ Mit diesem Begriffspaar bringt Stern das Spannungsfeld zum Ausdruck, in dem sich die deutsche Politik in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bewegte.²⁰ Und er fügt hinzu: „Deutsche Geschichte verstehen heißt, sich an die Verheißung erinnern, die Deutschland vor Hitler verkörperte – und der es niemals wirklich gerecht wurde. Die Leistungen in Wissenschaft und Industrie, Kunst, Architektur sowie im Bildungswesen waren unübertroffen und gaben Hoffnung auf eine große Zukunft. Aber Deutschland war kein stilles Land, das mit sich selbst im Einklang war. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg und ganz besonders danach

14 Hermann Fried, Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus, Tübingen 1908. Vgl. Petra Schönmann-Behrens, „Organisiert die Welt“, Leben und Werk des Friedensnobelpreisträgers Alfred Hermann Fried (1864–1921), Dissertation Universität Bremen, Bremen 2004; dies., Alfred H. Fried. Friedensaktivist – Nobelpreisträger, Zürich 2011; sowie Alfred Hermann Fried, Mein Kriegstagebuch 7. August 1914 bis 30. Juni 1919, hg., eingeleitet und ausgewählt von Gisela und Dieter Riesenberger, Schriftenreihe Geschichte und Frieden, Bd. 13, Bremen 2005.

15 Norman Angell, The Great Illusion, London 1910.

16 Vgl. Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 80f.

17 Edward McNall Burns und David Starr Jordan, Prophet of Freedom, Stanford 1953.

18 Zit. nach Florian Illies, Schlaglichter aus dem Jahr 1913, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 18.3.2013, S. 3-8, hier: S. 6.

19 Fritz Stern, Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Berlin 1988.

20 Ebd., S. 13.

war Deutschland ruhelos, angsterfüllt, aggressiv und uneins. Es war ein Land, das viele ausländische Besucher – vor allem in der Zeit vor 1914 – als schrecklich steif, militaristisch und illiberal ansahen. Vor Hitler war es ein Land großer Widersprüche, attraktiv und alarmierend. Träume von Frieden kollidierten mit den Verlockungen der Macht.“²¹

Der Zukunftskrieg: Einsichten und Illusionen

In den Kreisen der herrschenden Eliten, aber auch in der zeitgenössischen Publizistik sprach man in Deutschland vor 1914 wie selbstverständlich über den „Zukunftskrieg“. Welche Vorstellungen aber hatte man von diesem Krieg der Zukunft, den man kommen sah, vielleicht sogar herbeisehnte? Genauer gefragt: Besaßen die politischen und militärischen Akteure in der deutschen Reichsleitung während der Julikrise 1914 eine einigermaßen klare Vorstellung von der Größenordnung des Problems, mit dem sie hantierten? Und in welchem Maße stand dem verantwortlichen „Spitzenpersonal“, das man sich als eine Clique von etwa einem Dutzend Menschen vorstellen muss, vor Augen, dass der „Zukunftskrieg“ sich auf einen industrialisierten Volkskrieg mit Millionenheeren zubewegte, in dem sich die Nationen Europas bis zur allgemeinen Erschöpfung zerfleischen würden?

Wenige aussagekräftige Zitate belegen, dass jeder führende deutsche Politiker und Militär das Nötige über den realen Zukunftskrieg wissen konnte, wenn er denn nur wollte. Mehr noch: Sie belegen, dass er es wusste und über die mit dem kommenden Krieg verbundenen Gefahren genau informiert war. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst hielt Generalfeldmarschall Helmut von Moltke d. Ä. am 14. Mai 1890 im Deutschen Reichstag eine Aufsehen erregende Rede. Darin sprach der alte, erfahrene Militär davon, dass jeder künftige Krieg – im Unterschied zu den traditionellen „Waffengängen“ – ein Volkskrieg mit katastrophalen Wirkungen sein werde. Sein Rat an die nachfolgende Generation von Politikern und Generalstäblern lautete daher, „Krieg möglichst überhaupt zu vermeiden und auf der Grundlage wohlodosierter Rüstungspolitik eine maßvolle Politik der Abschreckung zu treiben“.²²

Ein paar Jahre später (1895) vollzog Friedrich Engels, nach dem Tode von Karl Marx der einflussreichste sozialistische Theoretiker, angesichts des Schreckensszenarios eines „Zukunftskrieges“ ebenfalls so etwas wie eine „friedliche Wendung“²³, mit welcher er erheblichen Einfluss auf die gesamte Sozialistische Internationale ausübte. Er erkannte: „Seit fünfundzwanzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maß. Jeder Großstaat sucht dem andern den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft. Deutschland, Frankreich, Russland erschöpfen sich in Anstrengun-

21 Ebd., S. 7f.

22 Zit. nach der Zusammenfassung von Stig Förster, Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871-1914. Metakritik eines Mythos, in: „Militär-geschichtliche Mitteilungen“, 1/1996, S. 61-95, hier: S. 74.

23 Wolfram Wette, Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Stuttgart u.a. 1971, S. 90.

gen, eins das andre zu überbieten.“ Daher sprach sich Engels für eine allgemeine Abrüstung aus.²⁴

Auch August Bebel, der legendäre Arbeiterführer und SPD-Vorsitzende, wusste sehr genau, dass nicht zuletzt die Arbeiterschaft die Hauptleidtragende einer großen militärischen Auseinandersetzung in Europa sein würde. Wenige Monate nach der zweiten Marokkokrise (Juli 1911), während derer die Alldeutschen und andere deutsche Nationalisten mit dem Gedanken eines Krieges gegen Frankreich spielten, hielt Bebel am 9. November 1911 im Reichstag eine prophetisch anmutende Rede. Von allen Seiten werde weiter gerüstet, sagte er, „bis zu dem Punkte, dass der eine oder andere Teil eines Tages sagt: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende [...]. Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Männerblüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken.“²⁵

Schließlich sei noch der Hamburger Lehrer und Pazifist Wilhelm Lamszus genannt. Er veröffentlichte im Jahre 1912 eine wirklichkeitsnahe und eindringliche Vorausschau auf den industrialisierten Zukunftskrieg. Der ebenso anschauliche wie provozierende Titel seines Romans lautet: „Das Menschenschlachthaus – Bilder vom kommenden Krieg“.²⁶ Das Buch, von Nationalisten und Militaristen bekämpft und als Skandal behandelt, wurde ein Bestseller. In wenigen Monaten erreichte es allein in Deutschland 70 Auflagen mit über 100 000 verkauften Exemplaren. Eine englische Ausgabe war ebenso erfolgreich. Das belegt einmal mehr, in welcher Breitenwirkung die Charakteristika des Zukunftskrieges lange vor 1914 bekannt gewesen sind.²⁷

Das alles beweist: Wer wissen wollte, wie das Gesicht des Zukunftskrieges aussehen würde, der konnte es wissen.

Das gilt auch für Helmuth von Moltke den Jüngeren, der von 1906 bis September 1914 das Amt des Chefs des Großen Generalstabes bekleidete, womit er der einflussreichste Berater des Kaisers war. Im Juli 1914 trug er die höchste militärische Verantwortung. Wie sein Vortrag bei Kaiser Wilhelm II. aus dem Jahre 1905 belegt, waren Moltke d. J. die oben zitierten Bilder eines Zukunftskrieges durchaus geläufig, malte er doch die Aussichten Deutschlands in denkbar düsteren Farben: „Es wird ein Volkskrieg werden, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein wird, sondern der ein langes mühevolleres Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und

²⁴ Ebd., S. 97.

²⁵ August Bebel am 9. November 1911 im Reichstag. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 529, S. 7730. Bebel fuhr fort: „Aber nach meiner Überzeugung steht hinter dem Generalmarsch der große Kladderadatsch“, womit er die soziale Revolution meinte.

²⁶ Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg*, Hamburg und Berlin 1912. Vgl. auch die Kurzbiographie von Wolfgang Emmerich über Wilhelm Lamszus in: Helmut Donat und Karl Holl (Hg.), *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, Düsseldorf 1983, S. 246f.

²⁷ Andreas Pehnke, *Grauen fällt uns an. Gespenstische Prophezeiung: Wilhelm Lamszus' Bestseller „Das Menschenschlachthaus“ nahm bereits 1912 die Schrecken des Ersten Weltkrieges vorweg*, in: „Die Zeit“, 2.8.2012, S. 18.

der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird.“²⁸

Die Nummer eins unter den deutschen Militärs der Vorkriegszeit hatte also erkannt, dass es einen kurzen Krieg, entschieden durch eine einzige Schlacht, nicht mehr geben werde. Stattdessen stand ihm das Schreckensszenario eines militärisch nicht mehr beherrschbaren, industriellen Volkskrieges ebenso lebendig vor Augen wie den anderen Warnern, die oben zitiert wurden. Gleichwohl gehörte Moltke d. J. nachweislich zu den Kriegstreibern. Wie soll man das verstehen? Wie muss man das bewerten?

Die Vorstellungswelt der deutschen Kriegstreiber

Die eher allgemeine Antwort lautet: Die Vorstellungswelt der deutschen Militärs war von der Überzeugung durchdrungen, dass eine Welt ohne Krieg weder realistisch noch wünschenswert sei. Hinzu kam ihre Interessenlage: Sie wollten, dass der Berufsstand des Soldaten für alle Zeiten eine herausgehobene Bedeutung behalten sollte. Seit 1900 gesellte sich jedoch zudem die Annahme hinzu, die Jahrzehnte des Nicht-Krieges seit 1871 gingen zu Ende. Über kurz oder lang drohe der „Ausbruch“ eines Krieges – wobei man nicht zuletzt an von Deutschland selbst inszenierte Konflikte und Machtrivalitäten dachte. Denn: Nicht der Friede galt den Verantwortlichen als „Ernstfall“, sondern der Krieg.

Seinen Ausdruck fanden solche „Visionen“ in den konkreten Kriegsplanungen. Von zentraler Bedeutung war der – natürlich streng geheim gehaltene – Schlieffen-Plan von 1905, benannt nach dem Vorgänger des Generalstabschefs Moltke d. J. Obwohl die Mehrheit der Generalstäbler dem Plan skeptisch gegenüberstand, hielt man an ihm unverrückbar fest.²⁹ Ihm lag die Idee zugrunde, auf jeden Fall einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Daher galt es, zunächst Frankreich in wenigen Wochen und Monaten zu schlagen, was sich in der Zuversicht niederschlug: „Weihnachten sind wir wieder zu Hause!“ Dann sollte sich die deutsche Militärmaschine gegen Russland wenden. Man rechnete bei alledem mit Englands Neutralität. Das Entscheidende ist, dass der Schlieffen-Plan die Illusion nährte, ein kurzer Krieg werde auch in den Zeiten des industrialisierten Volkskrieges möglich sein und damit zum Erfolg führen. So wurden durchaus realistische Erkenntnisse verdrängt, wonach ein langer Vernichtungs- und Zermübungskrieg mit Millionen von Toten drohte, der sich zudem der Beherrschbarkeit durch das professionelle Militär entziehen würde.

Die Illusion des kurzen, gewinnbaren Krieges diene vordringlich den Legitimationsinteressen des Militärs. Ein Krieg, so ihre Hoffnung, werde die Militärherrschaft stabilisieren.³⁰ Das Eingeständnis, dass sich ein Krieg

²⁸ Über seinen Vortrag bei Kaiser Wilhelm II. berichtet Moltke in einem Brief vom 29.1.1905 an seine Frau, in: Helmuth von Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente, 1877-1916, hg. von Eliza von Moltke, Stuttgart 1922, S. 306; zit. nach Förster, *Illusion*, a.a.O., S. 84.

²⁹ Förster, *Illusion*, S. 85.

³⁰ Ebd., S. 95.

überhaupt nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg führen ließ, hätte bedeutet, dass das Militär, nach seinem Selbstverständnis die tragende Säule des deutschen Staates, letztlich seine Existenzberechtigung verloren hätte.

So absurd es klingen mag: Für die zum Kriege treibenden deutschen Militärs stellte die Aussicht, dass sich auch jetzt der Frieden bewahren ließe, die am wenigsten erwünschte Option dar.³¹ Das frevelhafte Versagen des jüngeren Moltke offenbart, dass er weder die Kraft noch den Willen zeigte, aus seinen Erkenntnissen über den Zukunftskrieg die notwendige Konsequenz zu ziehen, zu der sein älterer Neffe bereits 1890 im Reichstag geraten hatte: dass es nämlich künftig alleine darauf ankommen müsse, einen Krieg zu vermeiden. Das große Verbrechen der deutschen Spitzenmilitärs bestand also darin, dass sie trotz ihres Wissens um die wahre Gestalt des Zukunftskrieges als Kriegstreiber agierten, an der Illusion eines kurzen Krieges festhielten und Kaiser und Regierung zum Handeln drängten.

Der große Taumel: Preußen und die Metaphysik des Krieges

Die zeitgenössische Kriegsmetaphysik bildete gleichsam den Humus, auf dem die situative Manipulation der öffentlichen Meinung aufbauen konnte. Gemeint sind Vorstellungen, die den Krieg als „Vater aller Dinge“ begreifen oder als ein Naturereignis, das ausbricht gleich einem Vulkan, oder – sozialdarwinistisch gesprochen – als ewiger Kampf der Völker um „Sein oder Nichtsein“. Oder ganz schlecht: der Krieg als „Schicksal“, das über die Menschen komme. Ihre geradezu klassische Ausformung gewann die zeitgenössische konservativ-militaristische Kriegsmetaphysik in dem bekannten Ausspruch des preußischen Generalfeldmarschalls Helmuth Graf von Moltke d. Ä.: „Der Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. [...] Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“³² Solch zugleich heroische wie fatalistische Vorstellung wurde nicht nur im Kaiserreich tausendfach nachgebetet, sondern auch noch von den Wehrmacht-Generälen der NS-Zeit – und außerdem nicht nur in deutschen Kasernen, sondern auch in Schulen und Universitäten. Im metaphysischen Nebel angeblich schicksalhafter Vorgänge konnten die Kriegstreiber dann die eigentlichen, hochpolitischen Fragen zum Verschwinden bringen – wie die nach den Ursachen eines ganz bestimmten Krieges und nach der Kriegsschuld. Denn wo sollte es Schuldige geben in einem gottgewollten Naturereignis?

Dankbar griff man in Deutschland das Diktum des liberalen britischen Politikers David Lloyd George auf, vor dem Kriege noch Radikalpazifist,

31 Der Berner Historiker Stig Förster, der sich mit diesen Fragen intensiv auseinandergesetzt hat, nennt dieses Verhalten „offenkundig irrational“. Die deutschen Spitzenmilitärs, allen voran Generalstabschef Moltke, hätten „im vollen Bewusstsein der drohenden Katastrophe“ den Krieg befürwortet, was man nur als „nahezu verbrecherische Unverantwortlichkeit“ bezeichnen könne; vgl. Förster, a.a.O., S. 94f.

32 Brief Moltkes vom 11.12.1880 an den Heidelberger Staatsrechtler Bluntschli, in: Helmuth von Moltke, Gesammelte Schriften Bd. 3 (1892/93), S. 154.

dann Kriegspremier. Er orakelte im Dezember 1920, eigentlich seien die Staatsmänner in den Krieg „hineingeschlittert oder besser getaumelt oder gestolpert“.³³

Mit anderen Worten: Keine der kriegführenden Regierungen habe den Krieg wirklich gewollt und bewusst herbeigeführt; das internationale Krisenmanagement habe in der Julikrise 1914 versagt; Schuldige und Unschuldige ließen sich daher kaum ausmachen. Die Parallele zu Christopher Clarks „Schlafwandler“-These ist mit Händen zu greifen.

Schon damals war das natürlich Musik in den Ohren der Deutschnationalen, die seit 1914 und erst recht nach 1918 nicht müde wurden, ihre – von den Weimarer Regierungen unterstützte – Propaganda von der deutschen Kriegsunschuld zu betreiben und den Versailler Friedensvertrag nicht zuletzt wegen des sogenannten Kriegsschuldparagraphen 231 zu bekämpfen.

Der Traum vom Frieden und das Versagen der Sozialistischen Internationale

Wenn es aber stimmt, dass der Krieg gerade nicht zwangsläufig zustande kam und es 1914 nicht nur die „Versuchung der Macht“ gegeben hat, sondern auch den „Traum vom Frieden“, dann bleibt eine entscheidende Frage: Welche politischen Kräfte wollten 1914 eigentlich einen Krieg verhindern?

Die Vertreter des bürgerlichen Pazifismus spielten hier nur eine marginale Rolle. Den etwa 10000 Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft standen 1914 etwa 3250000 Mitglieder der nationalistisch-militaristischen Verbände gegenüber. Diese verfügten über alle Mittel der Propaganda, nämlich Presseorgane, zahlreiche Büros, viele bezahlte Leute und schier unerschöpfliche Geldmittel.³⁴

Als ernst zu nehmender Faktor ist, wenn überhaupt, vor allem die Sozialistische Internationale zu nennen. Der Internationale Sozialistenkongress in Basel 1912 mit seinem Motto „Krieg dem Kriege“ stellte die bis dahin Aufsehen erregendste Friedensdemonstration in Europa dar. 555 Delegierte der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aus 23 europäischen Ländern waren nach Basel gereist. Sie vertraten 15 Millionen sozialdemokratische Wähler in ganz Europa. Die II. Sozialistische Internationale hatte sich seit ihrer Gründung im Jahre 1889 immer wieder mit dem Problem der Kriegsverhütung auseinandergesetzt und dabei auch das Kampfmittel des Massen- bzw. des Antikriegsstreiks erwogen.

Zwei Jahre später, 1914, scheiterte die Internationale jedoch kampflos. Vielfach ist der Frage nachgegangen worden, wie dieses Scheitern zu erklären ist. Eine Seite spricht vom „Verrat“, eine andere von einem historischen

33 Zit. nach Jörg Richter, *Kriegsschuld und Nationalstolz – Politik zwischen Mythos und Realität*, Tübingen 1972, S. 55; vgl. auch Wolfgang Kruse, *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2009, S. 11.

34 Vgl. Helmut Donat und Dieter Riesenberger, *Die Friedensbewegung in Deutschland (1892-1933)*, Stuttgart 1986, S. 17. Dort auch im Einzelnen die Zahlen für den Alldeutschen Verband, Bund Jungdeutschland, Deutschen Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft, Deutschen Wehrverein, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und die Kriegervereine in Preußen.

Versagen, weil die sozialistischen Politiker auf die Verteidigungslüge hereingefallen seien, eine dritte Seite meint, jetzt hätten die Sozialdemokraten, die von den Nationalisten lange Zeit als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert worden waren, endlich ihren Patriotismus unter Beweis stellen können. Ich persönlich halte es mit dem Urteil „historisches Versagen“. Aber das ist aus der Distanz von einem Jahrhundert leicht gesagt. Im Hinblick auf die zentrale Frage der möglichen Kriegsverhütung dürfte es wichtiger sein, die Ursachen des Scheiterns zu ermitteln.

Angesichts der vorhersehbaren Zerstörungen eines Zukunftskrieges hatten die Sozialisten Europas seit den 1890er Jahren von der Vorstellung Abstand genommen, dass der Krieg auch sein Gutes habe könne, indem er die Revolution beschleunige. Seitdem betrieb die Internationale eine Politik der Kriegsverhütung auf dem Boden des Gegenwartsstaats. Statt „Frieden durch Revolution“ galt fortan die Devise „Frieden ohne Revolution“. ³⁵ Aus der Sicht der Regierenden musste dieser Wandel wie ein Einlenken erscheinen.

Feindbild Russland und der „Militarismus des kleinen Mannes“

Das Scheitern der Internationale ist auch darauf zurückzuführen, dass das Führungspersonal der Sozialistischen Internationale die Mentalität der Arbeiterschaft teilweise falsch einschätzte. Auf dem Basler Friedenskongress von 1912 beispielsweise idealisierten die Redner nahezu durchgängig den Friedenswillen der sozialistisch wählenden Arbeiterschaft. Gleichzeitig überschätzten sie deren Bereitschaft zu internationaler Solidarität und unterschätzten ihre nationalen Bindungen. Tatsächlich konkurrierten in den Köpfen und Gefühlen der arbeitenden Menschen nationale Prägungen und das Ideal der internationalen Solidarität miteinander. Nicht wenige deutsche Arbeiter glaubten zugleich an Bismarck und an Bebel. ³⁶ Mit anderen Worten: Die deutschen Sozialdemokraten waren von dem militaristischen System Preußen-Deutschlands teilweise auch selbst geprägt. ³⁷ Tatsächlich gab es in der gesamten Zeit des Deutschen Kaiserreiches denn auch einen „Militarismus des kleinen Mannes“, und die Idee der Landesverteidigung war ein selbstverständlicher Bestandteil dieses Denkmusters. ³⁸

August Bebel, über die Landesgrenzen hinaus geachteter Parteivorsitzender der SPD und mit der Gesamtproblematik der Kriegsverhütung seit langem vertraut, ³⁹ unterstützte in Basel den allgemeinen Friedensappell. Aber er hatte sich auch immer wieder für die Idee der Landesverteidigung

35 Friedhelm Boll, *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980.

36 Thomas Rohkrämer, *Der Militarismus der „kleinen Leute“*. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1891-1914, München 1990. Dazu meine Besprechung: *Gesinnungsmilitarismus*. Wie Kriege vorbereitet werden, in: „Die Zeit“, 25.1.1991.

37 August Siemsen, *Preußen. Die Gefahr Europas*, Paris 1937, Neuauflage 1981, Kapitel „Die Sozialdemokratie“, S. 79-85.

38 Vgl. Wette, *Militarismus in Deutschland*, a.a.O., S. 72-75.

39 Vgl. Helmut Bley, *Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1903-1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente*, Göttingen 1975.

eingesetzt.⁴⁰ Russland galt in seinen Augen, und da sprach er für die große Mehrheit der Sozialdemokratie, als ein reaktionärer und despotisch regierter Staat, der keine Chance für eine demokratische Entwicklung bot. Im Sommer 1914 hatte jedermann in der Partei noch im Ohr, dass August Bebel in seinen sogenannten Flintenreden von 1904 und 1907⁴¹ verkündet hatte: „Aber wenn es gegen den russischen Zarismus als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten geht, werde selbst ich als alter Knabe noch die Flinte auf den Buckel nehmen.“⁴²

Die Politik des Burgfriedens

Seit 1912 war die deutsche Sozialdemokratie die stärkste politische Kraft im Deutschen Reichstag.⁴³ Aus der Sicht der Regierung bestand die zentrale innenpolitische Aufgabe der deutschen Geheimdiplomatie während der Julikrise 1914 darin, das Bedrohungsszenario mit Russland als Hauptfeind und Aggressor mit den antirussischen Vorurteilen der Sozialdemokratie zu verkoppeln. Denn es war die feste Überzeugung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, dass ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie der Volkskrieg der Zukunft nicht erfolgreich würde geführt werden können. Mit dem Feindbild eines zum Angriff bereiten Russland würde es dagegen gelingen, die kriegsgeegnerische Sozialdemokratie ins nationale Boot zu holen und mit ihr einen innenpolitischen „Burgfrieden“ zu schließen.⁴⁴

Genau so geschah es: Der deutsche Kanzler drängte die mit Deutschland verbündete österreichisch-ungarische Regierung, Serbien anzugreifen. Das rief die serbische Schutzmacht Russland auf den Plan. Die deutsche Seite stellte die russische Mobilmachung als unmittelbar bevorstehenden Angriff auf das Kaiserreich dar, das nun auf den Schlieffen-Plan zurückgriff. Bevor sich die deutsche Streitmacht gegen Russland wandte, sollte Frankreich, der Erbfeind im Westen, in einem Blitzkrieg unter Missachtung des Völkerrechts und der belgischen Neutralität besiegt werden. In der Zwischenzeit, so das Kalkül, fiel den Österreichern die Aufgabe zu, die russischen Armeen zu binden bzw. aufzuhalten.

Tatsächlich gelang es Theobald von Bethmann Hollweg in der Julikrise von 1914 durch eine geschickte Regie, den Eindruck zu erwecken, Deutschland bleibe nichts anderes übrig, als auf die russische Generalmobilmachung zu reagieren und sich zu verteidigen. Mit dieser Manipulation drängte er die zögernde Sozialdemokratie, die noch kurz zuvor europaweit Friedensdemonstrationen organisiert hatte, eine Verteidigungssituation anzuneh-

40 Vgl. die Rede von August Bebel im Deutschen Reichstag am 24.4.1907, in: Verhandlungen Reichstag, Bd. 228, S. 1058-1068.

41 Auf dem Essener Parteitag der SPD im Jahre 1907 und im Reichstag 1904.

42 August Bebel auf dem Essener Parteitag der SPD von 1907.

43 Aus der Reichstagswahl 1912 war die SPD mit 34,8 Prozent der Stimmen als weitaus stärkste Partei hervorgegangen. 4 250 000 Wähler hatten sich zu ihr bekannt. Mit 110 Abgeordneten stellte sie im Reichstag die stärkste Fraktion.

44 Vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

men, in der sie sich dem Vaterland nicht verweigern wollte. Gegen den Willen von 14 ihrer Mitglieder bewilligte die aus 110 Abgeordneten bestehende SPD-Reichstagsfraktion daraufhin die ersten Kriegskredite und schloss den „Burgfrieden“ mit dem Kaiser und seiner Regierung. Wilhelm II. konnte am 4. August 1914 stolz im Reichstag verkünden, was ihm von Bethmann Hollweg vorformuliert worden war: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Der Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg von Müller, freute sich über den gelungenen Coup des Reichskanzlers und notierte: „Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen.“⁴⁵

Der gewollte Krieg

Die zentrale Erkenntnis, die sich aus dem Studium der Quellen ergibt, lautet daher: In der deutschen Reichsleitung fehlte in der Julikrise 1914 durchgängig der Wille zur Kriegsverhütung.⁴⁶ Es gab auch keinen Willen zu einer Deeskalation. Friedensversuche in letzter Stunde hat die deutsche Regierung in den Wind geschlagen bzw. hintertrieben, geschweige denn aufgegriffen.⁴⁷ Stattdessen suchten sowohl Reichskanzler Bethmann Hollweg als auch Generalstabschef Moltke einen Weg in den Krieg, und sie kalkultierten dabei ganz gezielt mit der temporären rüstungspolitischen Überlegenheit Deutschlands.

Die Herrschaftsstruktur des Kaiserreiches, das eingeübte System des Militarismus und das Bündnis der staatstragenden Eliten schufen somit die Voraussetzungen dafür, dass verantwortungslose deutsche Politiker und Spitzenmilitärs in der Lage waren, ihren Willen zum Krieg durchzusetzen – mit dem Ziel, auf gewaltsamem Wege eine Weltmachtstellung für das Deutsche Reich zu erkämpfen. Dass sie sahen, was kommen würde, und es dennoch nicht ließen, darin liegt das große Verbrechen an den Millionen von Menschen, die nun in den Krieg ziehen mussten.

45 Notiz Admiral von Müllers vom 1.8.1914, zit. nach Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1973, S. 672; ebenfalls zit. von Fritz Fischer, Juli 1914, S. 42 (dort Hinweis auf die Quelle: BA-MA, N 159/4).

46 Vgl. Camille Bloch, Die Ursachen des Weltkrieges, Zürich 1935, 16. Kapitel [Neudruck: Bremen 2014], und Fritz Fischer, Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914, Abschnitt „Dokumentation“, in: „Der Spiegel“, 21/1964, S. 63-83.

47 Bloch, a.a.O., 12. Kap., S. 135-153.